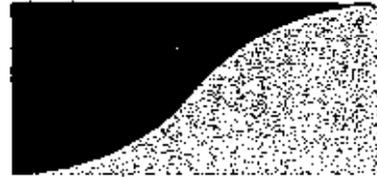


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 DB  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: DB 88 846 ppsn d



## Inhalt

Hans Apel MdB, Bundesver-  
teidigungsminister, fordert  
zu Festigkeit und Geduld in  
der Friedens- und Entspan-  
nungspolitik auf.

Seite 1/2

Antje Huber MdB, Bundesmi-  
nister für Jugend, Familie  
und Gesundheit, wirft Blüm  
rückschrittliche Politik  
zu Lasten der Frauen vor.

Seite 3

Renate Lepsius MdB, Vor-  
standsmitglied der SPD-  
Bundestagsfraktion, warnt  
vor den Gefahren eines  
neuen Provinzialismus in  
der Politik. Seite 4

Ulrich Dübber MdB, stellv.  
Vorsitzender der Deutschen  
Vereinigung für Parla-  
mentsfragen, begrüßt den  
Beschluß des britischen  
Unterhauses, auch künftig  
keine Fernsehaufnahmen im  
Parlament zuzulassen.

Seite 5

Dokumentation: Das Präsi-  
dium der Sozialistischen  
Internationale (SI) zur  
Lage in Polen.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 812-1

36. Jahrgang / 248

30. Dezember 1981

### Frieden und Entspannung

Gespür für das Machbare, Festigkeit und Geduld sind  
unabdingbar

Von Dr. Hans Apel MdB  
Bundesminister der Verteidigung

Frieden ist die Grundbedingung unseres Lebens. Doch der  
Wille zum Frieden allein reicht nicht aus. Der Frieden muß  
möglich gemacht, und er muß geschützt werden.

Die Bundesrepublik Deutschland ist Mitglied der NATO. Das  
Bündnis hat sich 1967 ein sicherheitspolitisches Konzept  
gegeben, das auf zwei Säulen ruht: Verteidigung und Ent-  
spannung. Diesem Konzept liegt die Überzeugung zugrunde,  
daß wir unserer Verantwortung nur gerecht werden, wenn wir  
das zur Kriegsverhinderung militärisch Notwendige tun, ohne  
das zum Interessenausgleich zwischen Ost und West politisch  
Mögliche zu unterlassen. Die Entwicklung in Mitteleuropa  
seit 1967 hat diese Konzeption bestätigt. Die Ostverträge  
und die Rüstungskontrollpolitischen Ansätze seitdem beweisen  
es.

Der Prozeß der Entspannung und Rüstungskontrolle ist nicht  
frei von Rückschlägen. Es gibt aber keinen Grund, das bisher  
Erreichte geringzuschätzen. Wer wollte beispielsweise die posi-  
tiven Auswirkungen leugnen, die von der Konferenz über  
Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und von den Verhand-  
lungen über beiderseitige Truppenreduzierung in Wien ausge-  
hen. Wer wollte die Fortschritte geringachten, die beispiels-  
weise die Viermächtevereinbarung über Berlin gebracht hat.  
Diese Vereinbarungen weisen in die richtige Richtung und  
unterstreichen das prinzipielle Interesse aller Beteiligten,  
auf Dauer zu einer Sicherheitspartnerschaft zu kommen. Das  
Problem bleibt jedoch, daß der Gewaltverzicht, der allen  
bisherigen Vereinbarungen gemein ist, im militärischen Kräf-  
teverhältnis noch keinen erkennbaren Niederschlag gefunden  
hat. So lange dies so ist, sind wir auf militärische Mittel  
zur Wahrung unserer Sicherheit angewiesen.

Die Strategie des Nordatlantischen Bündnisses ist seit über dreißig Jahren unverändert Kriegsverhinderung durch Abschreckung. Die beste Gewähr dafür, daß Abschreckung auch in einem Krisenfall gegen Angriffsstrategien wirksam bleibt, ist ein ungefähres militärisches Gleichgewicht. Unser erklärtes Ziel ist es dabei, dieses Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Rüstungsniveau zu stabilisieren. Verteidigung und Entspannung - und dazu gehört Rüstungskontrolle - sind kein Gegensatz. Im Gegenteil, diese Faktoren ergänzen und bedingen einander. Der ehemalige Bundespräsident Gustav Heinemann hat hierzu gesagt:

"Es ist kein Widerspruch, das Gute zu wollen und dem Bösen zu wehren, wie es auch kein Widerspruch ist, Freundschaft zu suchen und sich vor Feindschaft zu schützen."

Und so ist es auch kein Widerspruch, wenn wir mit aller Kraft die Kontrolle und Minderung der Rüstung suchen, gleichzeitig aber sorgsam darauf achten, daß bis zum Abschluß von Verträgen das friedenserhaltende Gleichgewicht gewahrt wird.

Natürlich hat Willy Brandt recht, daß es in diesem Land schon Schlimmeres gegeben hat, als daß sich Hunderttausende für den Frieden engagieren. Und fraglos ist es legitim, daß diejenigen, die politische Verantwortung tragen, gemahnt und gedrängt werden. Aber, so wenig wie Friedenssehnsucht die Arbeit für den Frieden ersetzen kann, so wenig kann eine Bewegung an die Stelle demokratisch legitimierter Institutionen treten, die unsere Politik gestalten und verantworten. Zur Durchsetzung einer auf Frieden und Freiheit gerichteten Politik bedarf es zudem mehr als nur guten Willens. Gespür für das Machbare, Festigkeit und nicht zuletzt Geduld sind unabdingbar.

(-/30.12.1981/ks/hgs)

+ + +



## CDU-Marschbefehl für '82: Frauen an den Herd!

Blüms "Mütterliche Gesellschaft" - ein angestaubter Ladenhüter

Von Antje Huber MdB

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Unter dem schönen Titel "Die sanfte Macht der Familie" hat Norbert Blüm versucht, alten Inhalt in neuer Verpackung an den Mann zu bringen. Die Familie, so meint die CDU, kann und soll die Übel der modernen Gesellschaft heilen. Und dazu gehört die Frau in die Familie, damit sie richtig funktioniert. Tut sie es nicht, so wissen wir gleich wo die Schuld liegt.

Blüm hat den großen Wirbel vor allem dadurch entfacht, daß er "ohne falsche Scham" diese ewigen Weisheiten konservativer Ideologie verkündet hat. Seine Kritikerinnen aus der Union waren ja nicht darüber entsetzt, daß Erziehungsgeld für Nichterwerbstätige, Ablehnung von Kinderkrippen und Ganztagschulen oder Kontrolle bestimmter Frauenhaus-Initiativen gefordert wurden, - das haben sie alle schon selbst mitbeschlossen - sondern darüber, daß Blüm offen aussprach, wozu die meisten Elemente der Unionsfamilienpolitik dienen sollen: Erwerbsarbeit bei Frauen wegen ihrer "eigentlichen Bestimmung" in eine untergeordnete Rolle abzurängen.

Die Empörung der einen und das betretene Schweigen der anderen Vertreterinnen der CDU-Frauenvereinigung sind verständlich: Mit wieviel Mühe hatte man dieser Familienpolitik der Union mit Spruchbändern von Wahlfreiheit und Partnerschaft einen fortschrittlichen Anstrich zu geben versucht! Und nun schlägt der neue Berliner Senator für Bundesangelegenheiten und unangefochtene Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft ganz andere Töne an. Mütterlichkeit als Verzicht und totale Aufopferung, das ist das alte Klischee von der Rollenteilung, die für die Männer immer so praktisch war, die robusten, leistungsorientierten, erfolgsbewußten Männer.

Zum Vater ist Norbert Blüm einschließlich der nachträglichen Einschübe nicht viel eingefallen. Das ist Kosmetik. Auf Väterlichkeit kann auch die neue Zeit verzichten - wie schon die von Blüm so sehnsüchtig heraufbeschworene gute alte Zeit darauf verzichtet hat, weil ja für den Binnenraum der Familie schließlich die Mutter zuständig ist. Ihr wird einseitig die Hauptverantwortung aufgebürdet, auch wenn da noch wie nebenbei vom "mütterlichen Vater" die Rede ist. Und damit auch niemand diese naturgegebenen Verhältnisse anzuzweifeln wagt, wird zur Verstärkung die Nivellierungsthese ins Feld geführt: Frau und Mann, die Ungleichen. Die Unterschiede gehen weit über das Biologische hinaus. Wer daran rüttelt, wer die sicheren, bewährten Rollenbilder ändern will, der tut das nur zum Schaden der Frauen und vor allem der Kinder. Ein Vater, der nicht nur mal sonntags Hausarbeit macht, eine Mutter, die ihre Berufstätigkeit nicht bereitwilligst aufgeben will - sie verunsichern ihre Kinder und stören ihre Entwicklung! Blüms Antwort auf die Diskussion in der Jugend-, Friedens- und Ökologiebewegung ist die Forderung nach Rückkehr zur vermeintlichen heilen Familie vergangener Zeiten als einzigen Ausweg aus der Krise.

Mit realen Problemen, deren Lösung ansteht, hat dies nichts zu tun. Es ist bei der jüngeren Generation längst ein verändertes Rollenverständnis von Frauen und Männern da, das mehr Gemeinsamkeit im öffentlichen wie im privaten Bereich verlangt.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Eltern ist ein unübersehbares Thema, das eine Umorganisation der Arbeitswelt, flexiblere Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitszeit und ein ausreichendes Angebot an familienergänzenden Betreuungseinrichtungen für Kinder verlangt. Das Bedürfnis nach ausreichenden Möglichkeiten qualifizierter Berufsarbeit für Frauen und Männer erfordert die Aufhebung des geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktes und den Abbau von Lohndiskriminierung. Dies sind zum Teil sehr schwierige, aber notwendige Prozesse, die man mit Blümschen Vorstellungen weder aufhalten, noch umgehen kann. Mit Mütterlichkeit und Familiensinn hat das nichts zu tun. Denn mit der Forderung nach besseren Kombinationsmöglichkeiten zwischen Beruf und Familie wird kein Weg zur Aushöhlung der Familie gesucht, sondern nur gleiche Chancen für Lebenskonzepte bei Mann und Frau.

(-/30.12.1981/ks/hgs)

Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier

Gefahren des Provinzialismus

Das Wohlstandsdenken darf die Perspektive nicht verschütten

Von Dr. Renate Lepsius MdB

Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Wieder geht ein Jahr zu Ende. Eine Bilderbuchweihnacht mit zauberhaft verschneiter Natur liegt hinter uns. Vor uns ein noch unbekanntes Jahr, unberührt wie die weiße Natur. Was wird es uns wohl bringen? Manche haben Ängste vor diesem Jahr, doch richten sich viele Hoffnungen auf 1982, auf eine wirtschaftliche Belebung, auf eine Reduzierung von Arbeitslosigkeit und mehr ökonomischen Optimismus, auch auf den Fortgang der Genfer Verhandlungen und greifbare Ergebnisse bei der Abrüstung und den notwendigen Vereinbarungen. Ich bin mit Dankbarkeit erfüllt, daß es sozialliberaler Politik - trotz all der emotionalen Unkenrufe und dem landauf landab gepredigten Pessimismus - gelungen ist, den Dialog wieder aufzunehmen und miteinander zu reden.

Gerade in diesen Tagen, in denen in Polen das Kriegsrecht herrscht, Menschen wegen freier Rede und ihrer politischen Überzeugung und Gesinnung inhaftiert, manche gar erschossen worden sind, wünsche ich mir nichts sehnlicher als die Rationalität zur friedlichen Lösung von Konflikten. Und ich meine, das Festhalten am Kurs eines Miteinander und aufeinander-hören-wollens wird uns in Mitteleuropa mehr helfen als eine erneute Vereisung der Beziehungen zwischen Ost und West. Moralisch glaubwürdig ist dies allerdings nur auf der Basis entschiedenen Protestes gegen die Verletzung der Menschenrechte in Polen. Besonnenheit und Mäßigung in der Entspannungspolitik sind kein Freibrief für militärischen Imperialismus gegen ein freiheitsliebendes Volk wie Polen.

Auf diesem friedlosen Hintergrund ist der Kontrast zu unserer freiheitlichen Republik besonders deutlich. Zwar stehen auch wir wie alle Industrienationen vor den Folgen technologischer Verwerfungen und schwerwiegender Anpassungsprozesse. 1981 war für uns alle kein leichtes Jahr. Aber wir alle sollten uns vor Weinerlichkeit hüten. Von der Weltuntergangsstimmung, die berufsmäßige Zweckpessimisten verbreiten, halte ich gar nichts. Ganz real, das sind nun einmal die mit den hohen Ölkosten verbundenen Folgen im Leistungsbilanzdefizit. Das heißt Einschränkung, Konsumverzicht und möglicherweise sogar Einkommensverlust. Deshalb sehe ich die größte Gefahr in der öffentlichen Diskussion weniger in der doch als notwendig erkannten Sparpolitik. Die sehe ich viel mehr in einer mich erschreckenden Provinzialisierung des politischen Horizonts. Es gibt Leute, die leben in einem Bewußtsein des 19. Jahrhunderts.

Ein gefährlicher Nationalismus macht sich breit. Die Ausländer-raus-Parolen. Die Propagierung landesweiten Egoismus, wie Bayern als "Ordnungszelle", Baden-Württemberg als deutsches "Nusterländle", was gehen uns da die Probleme Berlins oder Nordrhein-Westfalens an? Der Kirchturm schließlich im eigenen Dorf. Da wird schon nicht mehr über den Bretterzaun zum Nachbarn geschaut, geschweige zur Nachbargemeinde, oder gar über den Rhein. Über die Grenzen nach Europa. Oder gar die Grenzen zur Dritten Welt. Hauptsache, uns geht's gut, was kümmern uns die anderen?

Das alles weist auf einen Status von Besitzstandswahrung beherrschten Rückwärtstrend, den ich für Europas Überleben für gefährlich halte. Ein solcher Schrumpfhorizont könnte uns die Zukunft kosten. Deshalb möchte ich darum bitten, sich nicht von rückwärts gerichteten Parolen und Vorurteilen verführen zu lassen. Das ist doch die Lehre, die wir aus dem Nationalsozialismus 1933 ziehen können. Das Wohlstandsdenken darf die Perspektive nicht verschütten. Sie ist auf die Bewahrung des Sozialstaates und die Garantierung unserer demokratisch liberalen Gesellschaft bis ins Jahr 2000 gerichtet.

(-/30.12.1981/ks/hgs)

+ + +



Parlament ohne Fernsehen

Eine glückliche Entscheidung der "Mütter der Parlamente"

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e.V.

Das britische Unterhaus hat mit einer knappen Mehrheit von 176 gegen 158 Stimmen Fernsehübertragungen aus Westminster abgelehnt. Den Mitgliedern des britischen Parlaments ist zu dieser Entscheidung zu gratulieren.

Das Problem war im vorigen Jahr in London aktuell geworden, weil sich einige davon eine bessere Öffentlichkeitsarbeit versprochen. Aus Bonn hatte es Stimmen gegeben, die vor einem solchen Weg warnten. Immerhin zeitigen fast 30 Jahre Fernsehübertragungen aus dem Bundestag nicht nur vernünftige, sondern auch bedenkliche Erscheinungen.

Wenn live aus dem Bundestag übertragen wird, dann verändert sich der normale parlamentarische Alltag. Die Fraktionen schicken nur wenige, beim Publikum gut ankommende Redner nach vorn, die Mitglieder der Bundesregierung und des Bundesrates machen in dem Augenblick noch häufiger von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch, jederzeit zu Wort zu kommen. Wenn es auf die Mittagszeit zugeht und vermutet wird, daß sich die Einschaltquoten erhöhen, beginnen die Redner zu filibustern. Man läßt keinen Konkurrenten mehr um 12.45 Uhr vor die Kameras.

Gleiches vollzieht sich am Nachmittag, bevor das reguläre Programm in den beiden Fernsehsystemen beginnt. Die ersten Berufstätigen werden zu Hause vor der Mattscheibe erwartet, und der Redner nutzt so seine Chance, möglichst lange vor ihnen im Bild zu bleiben. Auf diese Weise wird der Bundestag zum Fernsehstudio mit einer Regie, die nicht mehr die parlamentarische ist.

Die Briten haben bis heute nicht einmal Fotoaufnahmen aus dem Unterhaus erlaubt, und sie werden zu ihrem Nutzen dabei bleiben. Es mag fraglich sein, ob Parlamentsmitglieder überhaupt durch Rede und Gegenrede zu überzeugen sind. Immerhin findet man nicht selten in der Abgeschlossenheit der Parlamentsausschüsse noch Kompromisse. Vor den Augen der gesamten Nation aber gibt es keinerlei Meinungswandel mehr, dann bleiben alle streng auf ihrer vorgefaßten Linie.

In der Bundesrepublik Deutschland ist es inzwischen zu spät, das Fernsehen wieder auszusperrten. Die Bevölkerung würde von einem solchen Beschluß unlautere Absichten vermuten. Daß die "Mütter der Parlamente" diesen Weg nicht gehen will, ist zu begrüßen.

(-/30.12.1981/ks/hgs)

+ + +



DOKUMENTATION

Erklärung der Sozialistischen Internationale zu Polen

Die Sozialistische Internationale verurteilt die Machtergreifung durch das Militär in Polen sowie die daraus folgende brutale Unterdrückung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten.

Die S.I. fordert die sofortige Freilassung aller inhaftierten und internierten Personen, die ungehinderte Ausübung ihrer Aktivitäten für die unabhängige Gewerkschaft SOLIDARITÄT sowie ein Ende der Unterdrückung und die Aufhebung des Kriegsrechtes.

Die S.I. besteht auf dem Recht des polnischen Volkes, seine Probleme ohne Einmischung von außen zu lösen.

Die S.I. erinnert alle betreffenden Staaten an das Prinzip der Nichteinmischung, wie es in der Schlußakte von Helsinki verankert ist.

Die S.I. vertritt die Auffassung, daß die demokratische Entwicklung, die in Polen Platz gegriffen hat, große Hoffnungen für Polen und die ganze Welt freigesetzt hat. Wir können nicht hinnehmen, daß eine Volksbewegung durch Gewalt zerschlagen wird.

Demokratie und Sozialismus können sich weder auf diktatorische Dekrete von oben noch auf die Rückkehr zu den Ungerechtigkeiten und Oligarchien der Vergangenheit gründen.

Beide setzen unabhängige Volksbewegungen, wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit sowie das Recht auf nationale Unabhängigkeit voraus.

Dies gilt für Polen wie für die Türkei, für Afghanistan wie für El Salvador, um nur einige Beispiele zu nennen. Die systematische Verletzung von Menschen- wie Gewerkschaftsrechten betrifft uns alle.

Es ist im Interesse aller, daß der nationale Dialog in Polen zwischen der SOLIDARITÄT, der Katholischen Kirche und den Behörden wieder aufgenommen wird.

Die S.I. fordert alle betreffenden Seiten auf, die polnische Krise nicht als Vorwand für eine Abschwächung der Bemühungen um Entspannung und Rüstungskontrolle noch als Alibi für Interventionen in anderen Teilen der Welt zu benutzen.

Wir vermerken mit großer Sorge, welche Gefahren für die Fortsetzung der Entspannung in den Vorgängen in Polen liegen. Dieser Verantwortung muß sich die kommunistische Führung bewußt sein.

Unsere Solidarität gehört dem polnischen Volk; wir fordern unsere Mitgliedsparteien auf, die Wirtschafts- und Finanzhilfe im Lichte der weiteren Entwicklung in Polen zu prüfen sowie einen konkreten Beitrag zur Milderung der Leiden des polnischen Volkes, insbesondere im Bereich der Ernährung und der medizinischen Versorgung zu leisten.

Paris, 29. Dezember 1981

(-/30.12.1981/ks/hgs)

+ + +

WIR WÜNSCHEN UNSEREN ABONNENTEN  
EIN FROHES NEUES JAHR

